



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Junge Menschen dürfen nicht wieder das Nachsehen haben – Verstetigung des Modellprojekts „Digitale Streetworker“

Der Landtag wolle beschließen:

Mit dem Modellprojekt „Digitale Streetworker“ des Bayerischen Aktionsplans Jugend werden (digitale) Lebenswelten junger Menschen abgebildet und aufgegriffen. Ziele der analogen Streetwork werden so in die digitale Welt übersetzt. Das Projekt startete als ein Baustein der außerschulischen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in der Coronapandemie und wird als Bestandteil des Bayerischen Aktionsplans Jugend durch das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales für die Projektlaufzeit bis Ende 2022 gefördert.

Mit Blick auf das bevorstehende Ende der Projektlaufzeit wird die Staatsregierung aufgefordert, das Modellprojekt „Digitale Streetworker“ über den 31.12.2022 hinaus zu verstetigen und hierfür im Haushaltsplan 2023 entsprechende Mittel einzuplanen.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich und schriftlich über das Projekt zu berichten. In dem Bericht zu berücksichtigen sind neben der Evaluation seitens des Staatsministeriums vor allem auch Ausbau- und Verbesserungspotenziale.

Begründung:

Das Modellprojekt „Digitale Streetworker“ bringt Jugendarbeit in den digitalen Raum – so können Jugendliche nicht nur in der analogen Wirklichkeit, sondern auch in ihren digitalen Lebensräumen niedrigschwellig erreicht werden. Tätig werden die „Digitalen Streetworker“ speziell auf digitalen Plattformen und in Social-Media-Anwendungen. Sie sollen jungen Menschen im Netz begegnen, sie begleiten, unterstützen und beraten. Darüber hinaus können junge Menschen bei Bedarf auch auf analoge Angebote der Jugendarbeit/Streetwork aufmerksam gemacht und informiert werden. Die Umsetzung des Projekts erfolgt – im Auftrag und in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales – durch den Bayerischen Jugendring (BJR). Fachlich begleitet wird der BJR dabei vom Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis.

Das Projekt startete während der Pandemie-Kontaktbeschränkungen im September 2021: Als sich öffentliche Orte und Straßen wieder leerten, verlagerte sich der Treffpunkt vieler Jugendlicher noch stärker als bisher ins Netz. Heute sind 14 Streetworkerinnen und Streetworker (pro Regierungsbezirk zwei) auf Gaming- und Social-Media-Plattformen erreichbar, u. a. auf Discord, Instagram, Twitch, WhatsApp, TikTok und Reddit. Da jeder persönliche Account ein Profilbild zeigt, ist sofort erkennbar, dass keine Behörde, sondern ein Mensch hinter dem Account steckt. Zugleich haben Beratungssuchende die Möglichkeit, sich in Chats anonym und kostenlos auszutauschen. Ziel ist,

eine vertrauliche Basis zur Kommunikation und Information zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört, dass die Streetworkerinnen und Streetworker der Schweigepflicht unterliegen.

Die digitale Kommunikation funktioniert unkompliziert und ohne Termine. Ein Angebot, das von Beginn an stark nachgefragt wurde. In den ersten drei Monaten des Jahres 2022 kamen nach Angaben des BJR rund 2 500 Erstkontakte zustande, von denen rund 1 000 Personen intensiver unterstützt und 250 in Einzelfallhilfe betreut wurden. Zudem konnten in 27 Kontakten Beratungssuchende schneller und effizienter als bisher zu Hilfseinrichtungen und jugendrelevanten Organisationen weitervermittelt werden.

Diese Zahlen zeigen: Der Bedarf an digitalen Unterstützungsangeboten ist groß und wird mit dem Auslaufen des Projekts zum Dezember dieses Jahres nicht enden. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, das Projekt über das Jahr 2022 zu verstetigen. Junge Menschen müssen verstärkt in ihrer Lebenswelt abgeholt werden – und die in dem Projekt tätigen Fachkräfte brauchen dringend ein Bekenntnis zur Fortführung des Projekts. Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich und schriftlich über das Projekt zu berichten, um so gezielt auch Ausbau- und Verbesserungspotenziale diskutieren zu können.